

prozeß über 10 Jahre lang tun konnten. Was der jetzige Generalinspekteur der Bonner Wehrmacht, Trettner, während des faschistischen Raubkrieges in Spanien, den Niederlanden und Italien getan hat, würde von jedem objektiv urteilenden Gericht als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Art. 6 des Statuts des Nürnberger Internationalen Militärtribunals qualifiziert werden. Es ist ja schon so weit, daß ein Zech-Nenntwich, nachdem man ihm die Flucht ermöglicht hat, sich vertrauensvoll in die Arme der Bonner Justiz zurückbegibt, weil er sich offenbar überlegt hat, daß es sich für Leute seines Schlages nirgendwo besser lebt als in Westdeutschland.

Die angekündigte Verjährung der schwersten Kriegs- und Nazi-Verbrechen in Westdeutschland ist nur der bislang letzte Schritt in einem ganzen System der Rehabilitierung des faschistischen Regimes, seiner ökonomischen Grundlagen, der von ihm begangenen Verbrechen und der schuldigen Organisationen und Einzelpersonen. Die Bonner Ultras brauchen für ihre aggressive Politik von heute die Kriegs- und Nazi Verbrecher von gestern. Deshalb werden sie mit allen Mitteln der Geschichtsfälschung und der juristischen Rabulistik zu ehrenwerten Männern erklärt.

Seit langem werden das Nürnberger Urteil und das ihm zugrundeliegende völkerrechtliche Abkommen offen angegriffen. In einem Völkerrechtslehrbuch des Münchener Professors Berber, das der Ausbildung der westdeutschen Juristen, Beamten und Offiziere dient, werden nicht weniger als 12 Argumente — des besseren Merkens halber fein säuberlich numeriert — gegen dieses Urteil vorgebracht, die alle darauf hinauslaufen, daß dieses Urteil völkerrechtswidrig und im Grunde null und nichtig sei. Das Nürnberger Statut sei „im Verhältnis zu Deutschland . . . eine fremdstaatliche Intervention, die prinzipiell völkerrechtswidrig ist.“ Nach Berber „müssen die Verfahren wegen sogenannter ‚Verbrechen gegen den Frieden* als mit dem geltenden Völkerrecht überhaupt nicht vereinbar bezeichnet werden.“ Die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher „stellt keinen Fortschritt, sondern einen Rückfall dar.“ Wenn diese Leute könnten, würden sie wohl die Richter von Nürnberg auf die Anklagebank bringen!

Die westdeutsche Regierung will den 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus am 8. Mai 1965 auf ihre Weise begehen. Sie will — um das Vorhaben der Verjährung ganz deut-